Hungerstreik 1989
Info 7
30.3.89

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Erklärungen/Briefe von Gefangenen

Erklärung von Knut Folkerts
Es wird keine Koma-Lösung geben — die einzige Lösung ist die Zusammenlegung

im letzten hungerstreik 85 fiel ich nach 56 tagen ins koma. koma, das ist nicht einfach bewußtlosigkeit, sondern beginn des sterbeprozesses — lebenswichtige organe, der ganze organismus brechen schockartig zusammen und fangen an abzusterben.

darauf hatten sie gewartet und sich vorbereitet. zuerst im hochsicherheitstrakt und anschließend in der medizinischen hochschule hannover, wo sie eine intensivstation als isolierabteilung eingerichtet hatten.

das kalkül: mit intensivmedizinischen maßnahmen greifen sie in den sterbeprozeß ein und holen mich — wenns gelingt — wieder knapp vor die schwelle, um mir übers koma und eine quälend verlängerte agonie am rande des todes nach der wiederbelebung meinen willen und meine selbstbestimmung auszulöschen.

sie wollen die situation umkehren und mir meine entscheidung nehmen. wenn ich den streik fortsetze, d.h. die nichtbehandlung durchsetze, bedeutet das: wieder koma und noch mal die ganze tortur. „pingpong" nannten sie das. das ganze wird dann öffentlich als aufwendige lebensrettung verkauft. sterbe ich dabei, solls heißen: alles wurde getan ... (dabei gehen sie davon aus, daß schon **vor** dem koma organe irreversibel geschädigt sind).

als ich dort aufwachte, war ich wegen nervenschäden und muskelschwund anfangs völlig bewegungsunfähig, ich konnte mich nicht mal mehr zur seite drehen oder meinen kopf heben. aus dem schock versuchte ich, zu mir zu kommen und mich zu orientieren. ich hing da an einem dutzend infusionsgeräten und sensoren, verschlaucht und verkabelt. selbst die einfachsten körperfunktionen (wie z.b. pissen) gehen nicht mehr ohne medizinische hilfe. in einer situation, in der ich nur noch flüstern konnte und schon normale stimmen schmerzen, lief da volles programm: ständig kommen und gehen ärzte und pflegerinnen, türschlagen, alarm von geräten, wachwechsel der bullenarmee ..., tag und nacht ununterbrochen. schlagartig mit dutzenden unbekannter konfrontiert zu sein, ist schon aus der jahrelangen isolierung im trakt extreme anspannung. nach acht wochen härtester konfrontation, gerade aus dem koma und am rand, wo mir physisch und psychisch alle reserven weggebrannt sind, ist das in der wirkung aggressivster streß und überflutung. wenn ich versuche, mir jemand einzuprägen und zu verarbeiten, was jemand auf mich einredete, kam schon der nächste, und ich vergaß das vorherige wieder. die ganzen gehirnfunktionen, wahrnehmen und denken laufen ständig hinterher und werden immer wieder zerrissen. durch den schlafentzug und die isolation (selbst die fenster waren undurchsichtig) verlor ich jedes zeitgefühl. der blick auf die wanduhr verstörte mich jedes mal, weil die uhrzeit nicht mit meiner selbstwahrnehmung übereinstimmte. das verunsichert sehr, weil ich daran merkte, daß ich nicht ständig bei mir bin und mir stunden fehlen. ich versuchte, einen eigenen rhythmus zu finden — ausruhen und dann konzentrieren. aber in dem permanenten ausnahmezustand gab es keinen moment der ruhe.

unmittelbar vor der tür patroullierte ein pulk traktwärter aus celle, davor alle paar meter grenzschützer in op-klamotten mit mp's. eine demonstration totaler verfügungsgewalt über dich. die ganze umlagerung bis hin zur kontrolle deines herzschlags verdichten sich zu einem gefühl äußerster wehrlosigkeit und bedrohung. es schlägt auf dein bewußtsein, um das du gerade kämpfst.

irgendwann konnte ich wirklichkeit und sinnestäuschung nicht mehr unterscheiden, was ich hörte und sah — drohungen und schemen im halbdunkel der beobachtungsscheiben; ich wußte nicht mehr, ob es realität oder halluzination war. das einfachste: aufstehen und gucken, konnte ich ja nicht. es ist ein konzentrierter angriff auf dein denken und deine identität. hier wird auch scharf eine funktion der isolierung deutlich; weshalb sie in so einem zustand totale kontaktsperre zu menschen machen, denen man vertraut und die einem helfen könnten, die eigene wahrnehmung wieder in den griff zu kriegen. wenn man weiß, das ist halluzination, kann man es handhaben. aber wenn man gar nichts mehr unterscheiden kann und sich deine wahrnehmungsfähigkeit auflöst — das ist der versuch von gehirnwäsche, die für die politisch verantwortlichen den vorteil hat, daß sie alles hinter dem schlechten gesundheitszustand und den medizinischen maßnahmen verstecken können.

jahrelang hatten sie auf zwangsernährung gesetzt — holger und sigurd haben sie dabei umgebracht. hunderte mal wurde diese tortur exekutiert, um die streiks zu brechen. immer wieder kam es dabei zu lebensgefährlichen situationen, wenn sie — neben ausgeschlagenen zähnen — das zeug mit gewalt in die luftröhre und lunge preßten. trotzdem war es noch anders. körperlich — man konnte trotz der fesselung, dem würgen usw. noch widerstand leisten, auch wenn man die zwangsernährung nicht verhindern konnte. und man war bei vollem bewußtsein.





Adelheid Schulz (oben), Brigitte Mohnhaupt (unten)

mit der komamethode haben sie die auseinandersetzung grundsätzlich in den grenzbereich zwischen leben und tod verlagert. die zwangsernährung war direkte physische gewalt, die den willen brechen sollte. die komamethode steigert die brutalität. sie warten, bis man halbtot ist, und setzen dann ihre intensivmedizin ein. in der maximalen auszehrung von körper und geist wirst du dann bewegungsunfähig total isoliert und zugleich reizattacken ausgesetzt, was in dir implodiert und nichts mehr von dir, von dem, was du willst und wofür du kämpfst, übrig lassen soll. wie die ‚weiße' folter durch isolation ist die komamethode eine gewalt ohne gesicht.

ihr ziel ist dein selbstverlust, du sollst dich als objekt ihrer bestimmung unterwerfen, leben nur zu ihren toten bedingungen, oder verrecken. da wir uns von ihrer gewalt schon lange nicht mehr abschrecken lassen und wir für unsere kollektiven ziele konsequent kämpfen, wollen sie diese tatsache mit der methode auslöschen, weil es diese korrupte und verkommene klasse und ihr politisches personal selbst in dieser spur politisch und moralisch herausfordert. weil sie unten grundsätzlich resignation und ohnmacht als einzige möglichkeit behaupten müssen, um ihr irrationales profitsystem grenzenloser zerstörung aufrechtzuerhalten.

unser kampf für gesellschaftliche verhältnisse ohne ausbeutung, herrschaft und unterdrückung hat selbst in dieser reduktion und äußersten defensive der gefangenschaft und trennung die spur, weil wir von den eigenen menschlichen interessen ausgehen und sie kollektiv gegen die zerstörung von jedem sozialen sinn und leben durch das system durchkämpfen. so zeigt sich in dieser konfrontation, trotz und gerade wegen der absoluten unverhältnismäßigkeit, die substanz: mensch(en) gegen maschine. an uns selbst, an unserem kollektiven bewußtsein wird ihre ganze macht machtlos.

durch unseren kampf die ganzen jahre in den isolationslöchern (und lange nur mit wenigen draußen neben unseren angehörigen und anwälten), haben wir die vernichtungshaft öffentlich bewußt gemacht. gegen die repressionswalze auf jede solidarität, gegen die medienmacht mit ihren propagandamauern, die isolation als „privileg" und zwangsernährung als „humanitären akt" behauptete.

mit dem streik 81 hatten wir die zwangsernährung als folter denunziert. sie wurde kontraproduktiv. als die propagandistische deckung einriß, stieß die zwangsernährung auch bei den ärzten auf widerspruch, die sie vorher ohne probleme mit ihrem „ärztlichen ethos" exekutiert hatten. der berliner anstaltsarzt leschhorn, der 81 von anfang an die zwangsernährung verweigerte, wurde in den selbstmord getrieben. trotz hoher geldangebote fanden sie nicht mehr genügend. der öffentliche widerspruch sprengte ihre einheit, so wuchs ihr interesse an einer neuen und „sauberen" methode.

selbstverständlich wurde keine sekunde darauf verschwendet, die ursache der hungerstreiks zu beseitigen — die vernichtenden haftbedingungen. die herrschenden wollen freiwillig auf dieses mittel gegen revolutionäre umwälzung nicht verzichten — so strategisch aussichtslos es auch ist. es gehört schon zur staatsraison, denn nach ihrer selbsteinschätzung „würde sich der staat selbst aufgeben", werden die politischen gefangenen zusammengelegt. was einem militärregime wie in chile möglich ist — jetzt die zusammenlegung von 60 politischen gefangenen aus bewaffneten gruppen in einem gefängnis —, wird von den herrschenden dieser nato-demokratie und führungsmacht brd als politische selbstaufgabe begriffen. so schwach schätzen wir unseren feind nicht ein. ihre aussage verrät aber etwas von der porösen inneren substanz dieses staates.

auf einem symposium, vom scheringkonzern 81 veranstaltet, mit richtern und staatsanwälten, journalisten und ärzten, senats- und konzernvertretern, wurde der methodenwechsel von der zwangsernährung zur komalösung vorbereitet, als neue linie von den berliner kammerrichtern nöldeke und weichbrodt in juristenblättern formuliert, was dann zur gesetzesänderung 85 führte.

plötzlich tönten alle, die zuvor noch zwangsernährung als wohltat gepriesen hatten, daß nun der „freie wille respektiert" würde und es „keine zwangsmaßnahmen" mehr gäbe — das neue cover nach draußen. drinnen erlebten wir rollkommandos bis in die 8. hungerstreikwoche (zwangswiegen und zwangsvorführung vor mhh-ärzte). exakt nach der von nöldeke und weichbrodt vorgegebenen linie, den widerstand „durch die anwendung von gewalt auf die probe stellen". wer sich unterwirft, soll „gerettet werden, während nur derjenige, der exzessiven widerstand leistet, in todesgefahr gerät".

rollkommandos und schlafentzug durch nächtliche „visiten" bringen einen natürlich schneller an den rand, und dann lauern sie, bis man ins koma fällt. währenddessen sorgen sie durch nachrichtensperre und desinformation dafür, daß die medienöffentlichkeit von ihnen bestimmt bleibt.

die zwangsernährung war eine aktive handlung, direkte gewalt. auch wenn das meiste vom rollkommando übernommen wurde, der arzt stieß den schlauch in den hals . . .

jetzt wird das unkenntlich gemacht, als rettungsmaßnahme verkleidet gibt es keine gewalt mehr, sondern nur medizinische maßnahmen. aber so wenig es bei der zwangsernährung um ernährung ging, geht es bei der „intensivbehandlung" um lebensrettung.

die verwissenschaftlichung ihrer methoden ist auch ausdruck der politischen feigheit der herrschenden. die vernichtungsabsicht soll nicht als solche erscheinen.

die verschiebung auf die medizinische ebene soll den konflikt entpolitisieren und von seiner wirklichen grundlage und lösung verlagern. dies ist nur möglich mit hilfe von ärzten. teils durch druck auf staatlich-verpflichtete oder mit medizintechnokraten, die ihr „ärztliches ethos", ihre verpflichtung zur lebensrettung vorschützen und für alles andere seien sie nicht verantwortlich.

so wurde auch jahrelang die zwangsernährung begruündet, bis wir ihnen diese tarnung wegzogen und sie öffentlich geächtet war.

dieser „ärztliche ethos" richtet sich nicht gegen jahrzehntelange isolationshaft, nicht gegen die funktionalisierung medizinischer fähigkeiten, um den widerstand isolierter gefangener gegen vernichtende bedingungen zu brechen.

die angebliche ärztliche „neutralität" zeigte sich eindeutig, als sie in der mhh die kontaktsperre mit dem vorwand „medizinischer gründe" deckten, da die politisch verantwortlichen eine offizielle nicht wagten, die große politische und praktische folgen gebracht hätte. das war die beseitigung des letzten minimalen schutzes und die auslieferung in die totale verfügungsgewalt des staates. kontaktsperre ist ausschließlich staatsschutzinteresse, das den „angriff auf den staat" — wie sie den hs begreifen und bekämpfen — mit allen mitteln niederschlagen will.

hier in celle haben sie jetzt eine „intensivstation" im traktlazarett eingerichtet, wo die „behandlung im koma" (justizminister remmers) diesmal laufen soll. der trakt als integrierte vernichtungsmaschine. der ganze aufwand mit dem transport 85 in die mhh hatte nicht die beabsichtigte wirkung — die elfhundert bullen und grenzschützer, die panzerwagen und hubschrauber um einen halbtoten gefangenen offenbarten mehr, als es verdecken konnte und provozierte widersprüche und proteste. aber egal wo, es geht darum, ihnen dieses mittel wie das gesamte isolationsprojekt aus der hand zu schlagen.

aus der ganzen konfrontation der 18 jahre kampf gegen vernichtungshaft ist es jetzt da angekommen, wo es nach ihrer logik ankommen mußte — nach wasserentzug und zwangsernährung ist die komamethode das letzte — und damit ist jetzt auch schluß. alles hatte das eine ziel: unsre revolutionäre identität und unsren widerstand zu brechen. aber auch mit allem sind sie letztlich gescheitert.

es wird ihnen auch nicht gelingen, uns übers koma davon abzubringen. es wird keine komalösung geben. die einzige lösung ist die zusammenlegung. jetzt.

wir werden auch in dieser situation unsre selbstbestimmung wieder erobern und den kampf fortführen. das bedeutet, sie werden uns entweder zusammenlegen oder umbringen.

breiter gesellschaftlicher widerstand, die kämpfende bewegung mit den politischen gefangenen und internationale solidarität können der entscheidende faktor werden, der in der herrschenden vernichtungslogik nicht eingeplant ist, um zusammen die kraft zu entwickeln, die situation jetzt dialektisch umzukehren und die isolationshaft in allen varianten mit der durchsetzung der zusammenlegung, der freilassung der haftunfähigen, der freien politischen kommunikation zwischen drinnen und draußen zu überwinden und darüber auch neue bedingungen für alle zu schaffen, die um einen neuen sozialen sinn und gesellschaftlichen aufbruch von unten gegen oben kämpfen.

knut folkerts, märz 1989
hochsicherheitstrakt celle

(ausführlicher Bericht in: „Von der Zwangsernährung zur ‚Komalösung'", Sept. 85; zu bestellen bei: Rechtsanwältin Renate Trobitzsch, Postfach 91 11 04, 3 Hannover 91; Preis: 4.50 DM + Porto)

Gerry Hanratty, irisch-republikanischer Gefangener in der BRD, zum Hungerstreik:

. . . ich habe ein wenig erfahren (wobei wenig das angemessene wort ist) über den hungerstreik der deutschen politischen gefangenen, und es scheint mir, daß die presse eine menge angst hat/sehr ängstlich ist, da die berichterstattung über dieses thema:

die taz in berlin berichtet in größerem umfang, und ich weiß das, weil, wann immer sie es tut, ist der bericht herausgenommen aus dem

exemplar, das ich bekomme, aus dem gleichen grund, aus dem meinen besucherInnen worte wie „hungerstreik" verboten sind. ihr müßt mir daher meinen mangel an wissen über diese sache verzeihen. dennoch habe ich die grundlegenden ziele und die methode des streiks im kopf.

ich denke, da dies der 9.?, 10.? hs (hungerstreik) in deutschland ist, wird es eine schwere schlacht/ein harter kampf sein, und ich hoffe, daß das ergebnis nicht zum tod von politischen gefangenen führen wird. ihr werdet wissen, daß die 10 männer von 81 in irland im grunde ermordet wurden, denn ihre forderungen nach zl (zusammenlegung), eigener kleidung, aufhebung der knastarbeit und nach bildung wurden nicht lange nach ihrem tod vollständig erfüllt. dies hätte natürlich auch getan werden können, bevor die männer starben, aber die britische „stiff upper lip" konnte sich nicht dabei sehen lassen, den gefangenen und ihren forderungen nach faktisch politischem status nachzugeben. ihr werdet ebenfalls wissen, daß die britische regierung viele gespräche mit der ira und sinn fein geführt hat über den hs (nicht sehr bekannt, bzw. die briten wollten nicht, daß es bekannt wurde).

aber dies alles dient dazu, die doppelzüngigkeit einer repressiven regierung zu zeigen und die maßnahmen, die sie sich nicht schämen zu ergreifen. mein herz schlägt für alle, die den politischen willen haben, ihren körper auszuhungern, und für die familien der politischen gefangenen im streik werden schmerz und sorge noch wachsen. aber es sind genau diese familien und die leute draußen, an die ich mich wende für die stärke und die unterstützung, die gebraucht wird, um im knast oder draußen weiterzumachen.

gerard hanratty, jva kaisheim

(Der Text ist die Übersetzung eines Briefausschnittes. Den ganzen Brief hat Gerry Ende Februar an einige GenossInnen geschrieben. Er teilt darin ferner mit, daß die Anklageschrift gegen ihn und Gerry Mc Geough bald herauskommen wird. Siehe dazu auch Irland-Solidarität Info Nr.4).

Korrektur: Die vier gefangenen Frauen aus der Plötze machten *keinen* unbefristeten, sondern eine auf vorerst zwei Wochen begrenzten Hungerstreik, vom 08.03.-22.03.

Zu den „sozialen" Gefangenen im Hungerstreik kommt noch: Rosi Srisawardi, Obere Kreuzäckerstr. 4, 6000 Ffm Preungesheim, seit dem 14.03. im unbefristeten Hungerstreik.

Drei Frauen im Haus 13 in Köln-Ossendorf haben am 15.3. einen eintägigen Solidaritätsstreik gemacht Silvia Engelke, Gabi Bruchheuser und Carla (Nachname unbekannt).

Aktivitäten von Angehörigen

Stuttgart-Stammheim. Am Samstag, den 18.3., haben Angehörige und Freunde vor dem Stammheimer Knast musiziert, getrommelt und gerufen. Sie hatten den Eindruck, daß Rico zurückgerufen hat. Inzwischen wissen wir, daß er tatsächlich zurück„gebrüllt" hat. Ein Schließer hat daraufhin seine Zelle geöffnet und Ruhe verlangt, weil das kein genehmigter Sammelbesuch sei!!

Frankfurt. Im Hessischen Rundfunk wurde am 16.3. im Mittagsmagazin um 13.00h ein zehnminütiges Interview mit einer Angehörigen gesendet. Gefangene, die das Programm empfangen konnten, haben sich über den Inhalt positiv geäußert.

Westberlin. Am 20.3. war ein längeres Interview mit zwei Angehörigen Bestandteil der Sendung SFBeat vom Sender Freies Berlin, Sendezeit zwischen 18 und 19 Uhr.

Straßburg. Am 17.3. sind vier Angehörige als Besucher ins Europa-Parlament nach Straßburg gegangen. Sie brachten ein Transparent durch die Sicherheitskontrollen, das sie gegen 16 Uhr über die Brüstung der Besuchertribüne entrollten. Text: Gegen Isolationsfolter in der BRD — Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Die Aktion wurde durch das Wachpersonal des Parlaments beendet. Das französische Fernsehen hat die etwa dreiminütige Szene gefilmt. Nachher sprachen die Angehörigen mit Parlamentariern aus Frankreich, Großbritannien und Irland, außerdem mit zwei Holländerinnen, die 1984 versucht hatten, Knut Folkerts im Hungerstreik in der Med. Hochschule Hannover zu sehen. Sie waren damals, trotz vorheriger Zusage, kurz vor dem Krankenzimmer abgewiesen worden. Sie äußerten ihre Betroffenheit über die wahnwitzigen Sicherheitsvorkehrungen.

Zum Schluß gaben die Angehörigen ein Radio-Interview für einen griechischen Sender und für eine niederländische Fernsehstation. Diese sendete die Sprechaufnahmen bereits Sonntag morgen im Rundfunk. Außerdem bereiten sie eine Fernsehdokumentation mit Angehörigen vor. Ein Film „Das verordnete Schweigen" ist bereits abgedreht. Er behandelt das gesammelte Schweigen der deutschen Medien seit 1977 und zeichnet die Ereignisse der letzten zwölf Jahre nach. Sie werden es auch deutschen Fernsehsendern anbieten.

Aktuelles aus den Knästen

Auszug aus einem Brief von Manuela Happe

mittenrein kommen sie grad und geben mir zerrupfte tazen. am anfang wars so, daß wenigstens noch ein bißchen durchkam. viel steht in dieser elenden taz ja eh nicht drin. aber zumindest das. du kannst sagen, daß jetzt völliger informationsstopp ist, also was grüße, briefe, tazen, wo auch nur ein wort kommt, (angeht).

sie nehmen jetzt in die begründungen auch die anderen — sozialen — gefangenen mit rein, also sagen, daß der inhalt auch bei ihnen schädlichen einfluß haben könnte. das ist, glaub ich, jedenfalls neu. daß wegen unserem kampf kein gefangener, was stammheim betrifft, mehr 'ne vollständige taz bekommt. das find ich auch noch mal 'nen wichtigen fakt, weils einfach zeigt, daß sie das, was sie an maßnahmen gegen uns hochziehen, auf andere gefangene ausweiten, um hier im konkreten jede solidarität zu verhindern.

Auszug aus einem Brief von Christa vom 16.3.

In den Medien erschien in letzter Zeit, daß Christa Eckes und Adelheid Schulz ein Gespräch mit Krumsiek abgelehnt hätten. **Dies ist gelogen und muß überall richtiggestellt werden.** Im folgenden der Auszug aus dem Brief von Christa:

„letzten freitag (10.3.) wurde ich gefragt, ob ich zu einem gespräch mit krumsiek oder jemand anders von dieser ebene bereit bin, **ich hab das bejaht.** ich sollte montag genaueres erfahren. montag mittag war krumsiek plötzlich schon da. es gab 'ne kurze verzögerung, weil auf meinen wunsch heidi mit dabei sein sollte und da grad der anwalt war (sie hatte vorher nichts davon erfahren). und plötzlich hieß es, krumsiek ist wieder weg . . .

gestern kam dann mittags im wdr das krumsiek-interview, wo es zum einen hieß, ich werde nach fröndenberg verlegt, und zum anderen, versuche zu gesprächen seien abgelehnt worden (und hieß dann auch noch, ich hätte gesagt: ich will jetzt überhaupt kein gespräch mehr (an anderer stelle).

das ist eben **keine zufällig völlig falsche darstellung,** und ein mißverständnis ist auch ausgeschlossen gewesen.

nach diesem interview habe ich dem knast gesagt, daß ich nicht freiwillig nach fröndenberg gehe, d.h. in die abschottung. daß medizinisch nichts läuft, wissen sie. (und zudem kann jeder sehen, wie es mir geht. ich maschiere jeden tag eine stunde auf dem hof, schreibe zig briefe usw.)

es ist einfach 'ne zuspitzung. und **wie** das jetzt gelaufen ist, noch deutlicher. außerdem haben wir auch nochmal **klar gesagt,** daß wir zu einem **gespräch bereit sind,** dort in ossendorf.

heute morgen kam meine anwältin kurz. danach haben sie mich nicht mehr aus diesem trakt rausgelassen (den du vom besuch kennst) und mich gepackt und in diesen großen besucherraum (normalerweise) geschoben, der völlig leergeräumt war bis auf matratze, und da dann 3 stunden schmoren lassen, dann um ziemlich genau 12.00 zum hubschrauber gezerrt."

Fröndenberg. Christoph v. Hören ist seit ein paar Tagen wieder auf Intensivstation in Fröndenberg, da seine Lunge erneut zusammengefallen ist. Es muß über eine Drainage im Pleuraraum Unterdruck hergestellt werden.

Köln/Bochum. Gegen Susanne Schöf und Hans Deutzmann wurde wegen der Unterstützung des Hungerstreiks ein Verfahren wegen § 129a eingeleitet.

Erklärungen von Ärzten u.ä.

Leserbrief aus der „Frankfurter Rundschau", 23.3.

Seit Februar sind Häftlinge, die der „Roten Armee Fraktion" und ähnlichen politischen Gruppen angehören, neuerlich in einen Hungerstreik getreten. Daß Häftlinge zu dieser Form des Protests greifen, zeigt an, daß sie sich in einer verzweifelten Lage befinden. Sie appellieren unter Einsatz von Gesundheit und Leben an die für ihren Straf-

vollzug zuständigen Behörden und an die Öffentlichkeit, ihre Haftbedingungen zu normalisieren, das heißt, auf das über sie aus „Sicherheits"-Gründen verhängte besondere Regime zu verzichten. Die besonderen Haftbedingungen für nach § 129a verurteilte Gefängnisinsassen bestehen vor allem in einer weitgehenden Isolierung der „politischen" von den normalen Häftlingen und des einzelnen politischen Häftlings von seinesgleichen. Was jedem, der sich in die Situation eines in Isolation gehaltenen Häftlings versetzt, deutlich wird, bestätigen inzwischen auch Sachverständige: Die Minimierung des für Menschen lebensnotwendigen Sozialkontaktes und die Reduktion ihrer Sinneserfahrung (durch schalldichte Zellen mit Sichtblenden) ist eine Quälerei, eine Art Folter.

Die Inhaftierung von Menschen, die glauben, sie könnten durch Attentate auf bestimmte Personen oder Institutionen Staat und Gesellschaft verändern, soll sie zunächst einmal an weiteren Attentaten hindern; darüber hinaus soll die Haftzeit ihnen — wie allen anderen Häftlingen — die Möglichkeit bieten, sich auf das Leben in Freiheit vorzubereiten. An den besonderen Strafvollzugsbedingungen, denen bestimmte politische Häftlinge unterliegen, läßt sich aber ablesen, daß im Umgang mit ihnen ausschließlich die vorgeblichen Sicherheitsinteressen der Strafvollzugsbehörden zur Geltung kommen. Wie sollen Menschen Sinn und Unsinn ihres Handelns reflektieren, deren Informationsmöglichkeiten man beschränkt, denen man Kontakte zu anderen erschwert und deren Gesundheit durch langdauernde Isolation unterminiert wird? Die Isolationshaft ist kein Mittel zur (wie immer verstandenen) „Resozialisierung". Und sollte man nicht gerade am Strafvollzug Rechtsstaat und Unrechtsstaat unterscheiden können?

Die Folter ist, nachdem sie im Gefolge der Französischen Revolution in Europa weitgehend abgeschafft war, in den vergangenen Jahrzehnten in immer mehr Ländern zu einer staatlich organisierten oder tolerierten Repressionstechnik geworden. Ein Erbe der so gern vergessenen NS-Diktatur ist, daß in der Bundesrepublik die internationale Ausbreitung der Folter nicht wachsam verfolgt und politisch bekämpft, sondern gleichgültig hingenommen wird. Folter in fremden Ländern ist hier kein Thema. Und wenn die Folter in Gestalt der Isolationshaft, als sogenannte „weiße" Folter, dem Kampf gegen den „Terrorismus" gilt, gesellt sich zur Indolenz die Berührungsangst. Ist nicht der, der gegen die Isolationshaft spricht, Spießgeselle der „Terroristen"? Und verdiente er es nicht eigentlich, gerade dem unterworfen zu werden, für dessen Abschaffung er sich einsetzt?

Die Freudsche Psychoanalyse, die wir vertreten, richtet sich gegen das Vergessen, gegen private und öffentliche Denkverbote. Darum halten wir uns nicht an die stille Übereinkunft, die Folter zu „beschweigen". Darum respektieren wir die Spielregeln nicht, so zu tun, als sei die Isolationshaft nur eine böswillige Erfindung von „Staatsfeinden". Das Schweigen ist aus Angst und verhohlenem Einverständnis geboren. Wir billigen den Kampf des Staates gegen „Terroristen" in den Gefängnissen mittels der Isolationshaft nicht.

Es geht nicht um eine Privilegierung politischer Häftlinge, sondern um die Abschaffung ihres Sonderstatus in den Haftanstalten: um die Aufhebung der Isolationshaft und der Informationsbeschränkungen und um Haftverschonung für die Haftunfähigen.

Werner Bohieber, Dipl. Psych., Prof. Dr. Helmut Dahmer, Heidi Fehlhaber, Prof. Dr. Alfred Krowoza, Dr. Margarete Mitscherlich-Nielsen, Dr. Lutz Rosenkötter und Mechtild Zeul, Dipl. Psych. für die Redaktion PSYCHE, Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen.

Solidarität Inland

Erklärungen, Grüße, Solidarität:

— Mehringhof (Westberlin): „Wir unterstützen die Kämpfe der Gefangenen für ihre Forderungen. Gerade angesichts der Tatsache, daß die Hungerstreikaktionen in den Medien nahezu totgeschwiegen oder propagandistisch gegen die Gefangenen gedreht werden, lassen wir uns den Mund nicht verbieten ... Der beste Schutz gegen Repression ist die Verbreitung dessen, was mit der Kriminalisierung eingedämmt und vom Erdboden verschwinden soll."
— ca. 250 Teilnehmerinnen der Veranstaltung zu Isolationshaft auf der 7. Bremer Frauenwoche.
— Landeskonferenz NRW gegen Atomanlagen am 19.3.
— TeilnehmerInnen des BUKO-Seminars „Revolutionen im Würgegriff des Weltmarkts": „An der Diskussion, wie die internationalen Herrschaftsverhältnisse zu verändern sind, müssen die politischen Gefangenen teilnehmen können. Deshalb die Zusammenlegung — jetzt."
— über 250 Teilnehmer der Informationsveranstaltung des Hungerstreikplenums Hannover. Sie beschlossen eine Protestresolution an die Justizminister der Länder und des Bundes: „Bisher hat sich niemand der Verantwortlichen dahingehend geäußert, die Forderungen der Gefangenen endlich zu erfüllen. Sie denken lieber über Zwangsernährung und Komalösung nach, weil ihnen jeder andere Gedanke als der der Gewalt fremd ist. Es ist die Umsetzung ihres monopolistischen Anspruchs auf Gewalt. Es ist Folter und Mord! Wir fordern von Ihnen die sofortige Erfüllung aller Forderungen!" Es wurden 600 DM zur Unterstützung gesammelt.
— Frauen und Lesben eines wöchentlichen Treffens zum Hungerstreik in Westberlin.
— Antifaschistisches Plenum München.
— Die ca. 100 Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Veranstaltung „Stärkt den Widerstand — Kurdenverfolgung in der BRD" im Rahmen der Münchner Kurdistan-Solidaritätswoche.
— Die ca. 80 BesucherInnen einer Veranstaltung mit einer Delegation von Herri Batasuna aus Euskadi am 18.3. in München stellten fest: „Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen".
— die große Mehrheit einer Veranstaltung in Bamberg zu Gentech und 129a unterstützt die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen: Die isolierten Gefühle, die isolierten Gedanken, die isolierten Menschen befreien.
— 130 TeilnehmerInnen einer Veranstaltung in Kassel.
— Frauenplenum des Frauen-/Lesbencafes im besetzten autonomen Zentrum Weißhausstr. 20 in Köln.
— Antifaschistisches Forum Dortmund.
— AnarchistInnen aus Hamburg.
— ca. 40 TeilnehmerInnen von der Frauen-/Lesbenverstanstaltung zur Kiefernstr. am 20.3. in Westberlin.
— Waiblinger Hungerstreik-Plenum.
— Frauen und Männer, die am 12.3. abends auf einem sowjetischen Heavy Metal Konzert in München waren, grüßen Rolf Heißler.
— AStA Uni Köln
— Kreis-MV der GRÜNEN Göttingen, 9.3.: „Der KV der Grünen verurteilt die Nachrichtensperre und jegliche verfälschende Darstellung der Isolationshaftbedingungen ... und wird mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dieser Medienpolitik durch eigene Öffentlichkeitsarbeit entgegenwirken. Er wird seine personellen, finanziellen und räumlichen Möglichkeiten für die Verbreitung von Information und Diskussion über den Hungerstreik und die Forderungen der Gefangenen einsetzen."
— Ca. 65 Besucherinnen und Besucher der Konstanzer Veranstaltung am 21.3.; sie verabschiedeten u.a. auch eine Resolution an den NRW-Justizminister Krumsiek mit der Forderung, Christa Eckes in die JVA-Köln Ossendorf zurückzuverlegen.
— 50 TeilnehmerInnen einer Veranstaltung am 23.3. in Detmold.
— Kreisvorstand Dortmund der DKP.
— 250 BesucherInnen einer Ingrid-Strobl-Solidaritätsveranstaltung am 16.3. in Fulda.
— BUU Itzehoe und Bewegung Weiße Rose: „Seid gewiß, viele kämpfen mit euch, auf allen Ebenen!"

Erklärung einer Veranstaltung der Grünen am 22.3.1989 in Heidelberg

Keinen Tag länger Isolationsfolter! ... Die Meinungsäußerungen der Gefangenen werden durch eine fast vollständige Nachrichtensperre, die von den Behörden ausdrücklich gewollt, angeordnet und verteidigt wird, unterdrückt. Nicht wenige Vertreter staatlicher Stellen behaupten, daß eine Unterstützung der Gefangenen illegal ist. Wer versucht, den Meinungsäußerungen der Gefangenen in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen, wird mit Ermittlungsverfahren nach § 129a bedroht oder überzogen. Dies ist vollständig ungerechtfertigt. In Artikel 17 des Grundgesetzes heißt es:

„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden."

Die im Hungerstreik stehenden Gefangenen haben von diesem Grundrecht Gebrauch gemacht. Sie haben eine massive und berechtigte Beschwerde gegen ihre unmenschlichen Haftbedingungen schriftlich vorgebracht und sie an die zuständigen Stellen gerichtet. Die Beantwortung der Beschwerde durch die zuständigen Stellen, nämlich die Justizministerien der Länder, steht seit fast zwei Monaten aus. Die

Gefangenen haben auch erklärt, daß sie nur deswegen hungern, weil sie keine andere Möglichkeit sehen, die Behörden dazu zu bringen, ihrer gesetzlichen Pflicht auf Beantwortung und Abhilfe von Beschwerden nachzukommen.

Die Nichtbeantwortung der Beschwerde durch die Behörden ist grausam. Die zuständigen Beamten könnten und müßten den Gefangenen Gründe für die Aufrechterhaltung der Haftbedingungen mitteilen oder der Beschwerde sofort durch Änderung der Haftbedingungen abhelfen. Da es keine Rechtsgründe für die Beibehaltung der Isolationshaft gibt, können die Behörden auch keine vorbringen. Wir halten es daher für sicher, daß den zuständigen Stellen seit längerem Memoranden vorliegen, wie dem Protest und den Beschwerden der Gefangenen abgeholfen werden soll. Damit halten die Behörden aber hinter dem Berg. Wir können dies nur so interpretieren, daß die Verantwortlichen solange abwarten wollen, bis der erste Gefangene verhungert ist.

Wir schließen uns hiermit der Beschwerde der Gefangenen an und unterstützen die von den Gefangenen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Abhilfe. Wir verlangen von den Behörden, daß sie die Beschwerde der Gefangenen sofort, umfassend, in allen Einzelheiten und ausführlich begründet schriftlich beantworten, d.h. ihrer gesetzlichen Verpflichtung endlich nachkommen.

Internationale Solidarität

Redebeitrag einer palästinensischen Genossin vor dem Knast in Hamburg am 17.3.1989

Ich bringe euch Grüße aus Palästina, das durch die Intifada entbrannt ist, Grüße an euren entschiedenen Kampf gegen die Isolation. Euer und unser Kampf ist derselbe. Er richtet sich gemeinsam gegen die Kräfte, die keine Menschlichkeit kennen. Menschlichkeit, die sich im Zusammensein und in Kollektivität ausdrückt. Ich bringe Euch Grüße von den Frauen und Männern im Knast, von den palästinensischen Gefangenen, die jeden Tag ums Überleben kämpfen. Besonders die, die in Ansar 3 in der Negev-Wüste gefangen sind. Ich versichere euch unsere Solidarität mit eurem Kampf, so wie ihr unseren Kampf unterstützt. Unser eiserner Wille steht einem Feind gegenüber, der sich mit den Zionisten verbündet. Sie verbünden sich in der Aufstandsbekämpfung gegen den Kampf der armen Leute. Der Kampf ist für uns die Gewähr, daß wir und ihr vereinigt sind und uns befreien werden.

Ja zum Hungerstreik, Nein zur Unterwerfung, Ihr werdet siegen, die Intifada wird siegen.

Solidaritätsbotschaft von TAYAD

An die Angehörigen der politischen Gefangenen, an die seit 6 Wochen hungerstreikenden Gefangenen und an diejenigen, die sich an der Demonstration: Schluß mit Isolation und Zusammenlegung der politischen Gefangenen in der BRD am 17.3. in Hamburg beteiligen. Wir als TAYAD, dem Hilfsverein für Familien von Verurteilten und Gefangenen in der Türkei, begrüßen Euch alle und senden unsere tiefste Solidarität aus der Türkei an Euch. Wir wissen schon, was 18 Jahre Isolationshaft und Gefangenschaft heißen. In unserem Land sind Tausende von politischen Gefangenen seit Jahren, auch vor dem Militärputsch 1980, in den Gefängnissen. Mehrere Opfer verloren wir im Kampf für ein menschenwürdiges Leben, ohne Folter, ohne militärische Beschränkungen und die Aufhebung der Einzelhaft in den Gefängnissen. Allein im Jahr 1982 starben fünf politische Gefangene im Gefängnis Diyarbakir, und im April 84 starben in einem bis Ende Juni andauernden Todesfasten vier politische Häftlinge. Sie kämpften damals, vor 5 Jahren, gegen schlechte und unmenschliche Bedingungen in den Todeszellen von Istanbul und erreichten auch, daß teilweise ihre Forderungen erfüllt wurden. Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen. Seit dem 2. März sind auch im Amasiya-Gefängnis in der Türkei 32 politische Gefangene der Bewegung Devrimci Sol im Hungerstreik. Alle sind zum Tode verurteilt. Sie fordern: a) den Status, als politische Gefangene anerkannt zu sein; b) die Aufhebung des 1.-August-Dekrets; c) die positive Änderung der Gefängnis-Satzung; d) die Anerkennung der Vertretung der politischen Gefangenen; e) Telefonate in dringenden Fällen mit den Eltern; f) Zusammenlegung aller Gefangenen, die in einem Prozeß angeklagt sind. Die Zulassung des Sprechens in der eigenen Muttersprache wie Kurdisch und Arabisch und ganztägiger Hofgang — das ist ein Teil der Forderungen, für die sie im Hungerstreik sind.

Zum Schluß: Trotz Unterdrückung, Festnahmen und polizeilicher Bedrohungen und ständiger Observierungen werden wir unseren Kampf für Freiheit für alle Gefangenen in der Türkei und unsere Solidarität mit Euch fortsetzen. Die Menschenwürde wird die Folter besiegen! Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen! Hoch die internationale Solidarität. Solidarische Grüße von TAYAD, Istanbul.

Wir unterstützen den Kampf der gefangenen GenossInnen gegen die Isolation

Die gefangenen GenossInnen aus der RAF und dem revolutionären Widerstand und andere Gefangene in der BRD kämpfen seit dem 1. Februar mit einem Hungerstreik gegen die Isolation und für die Zusammenlegung in großen Gruppen. Dieser Hungerstreik steht in Kontinuität mit den vorangegangenen 9 Hungerstreiks, aber in einem qualitativ verschiedenen Zusammenhang, wie die gefangenen GenossInnen aus der RAF in ihrer ersten Hungerstreikerklärung feststellen. Das Ziel dieses Kampfes ist heute, „die imperialistische Strategie der langsamen Vernichtung der revolutionären Identität" zu brechen. Eine Strategie, die seit 20 Jahren im westdeutschen Staat ihren prinzipiellen Protagonisten und Unterstützer findet, die aber auf der Grundlage der deutschen Erfahrung nunmehr eine generelle Praxis weltweit geworden ist.

Selbst in den schwierigsten Bedingungen der totalen Isolation ist es den gefangenen GenossInnen aus der RAF in all diesen Jahren gelungen, durch den Kampf das Projekt der Disgregation und der Vernichtung zu durchkreuzen und den Versuch zu vereiteln, die Guerilla anzugreifen durch ihre Zerstörung als politisches Subjekt.

All dies war möglich auch dadurch, daß sich in all diesen Jahren ein Organisierungs- und Kampfprozeß in zahlreichen signifikanten Situationen und Realitäten der Klassenbewegung in Westdeutschland — in erster Linie im antiimperialistischen Kampf — sedimentiert hat.

Die Frage der „politischen Gefangenen" ist so ein fester Bestandteil der Diskussionen und der Initiativen in der Perspektive der kämpfenden revolutionären Front geworden. Neben den Initiativen gegen die Intensivierung der kapitalistischen Ausbeutung, gegen den Krieg, die Raketen, die Politik des Hungers, der übernationalen Finanzinstitute hat dieser Kampf seinen spezifischen Platz gefunden, weil diese Konfrontation — selbst in ihrer Partialität — in sich den umfassenden Sinn des revolutionären Bruchs enthält, den die Guerilla am Anfang der 70er Jahre in den Metropolen bewirkt hat.

Dieser Organisations- und Kampfprozeß hat einige fundamentale Etappen gehabt: von der internationalen Mobilisierung nach den Staatsmorden an den GenossInnen in Stammheim bis zur Unterstützung von Teilen der Klassen- und revolutionären Bewegung des Hungerstreiks der Gefangenen 1984 und 1988 in den verschiedenen europäischen Ländern.

Aber das politische Feld, in den sich dieser spezifische Kampf einschreibt — und der ihm letztlich den strategischen Raum garantiert —, ist das der Konsolidierung der gemeinsamen Perspektive der Front durch die Kampagne von 85/86 und das Geflecht von Diskussionen und revolutionären Initiativen, das sich in Anlaß des Gipfeltreffens von IWF/Weltbank in Westberlin entwickelt hat. In diesem Zusammenhang konstituiert die erreichte Aktionseinheit zwischen RAF und BR einen wichtigen Schritt im Voranschreiten des revolutionären Prozesses in Westeuropa.

Diese Reihe von Entwicklungen in Westdeutschland und kontinental stellt heute die Frage der Isolation der „politischen Gefangenen" in qualitativ verschiedener Form und macht die Auseinandersetzung über sie und die Konfrontation reif und siegreich.

Wenn wahr ist, daß die „Staatsräson" Grundlage der Isolation der Gefangenen, ausgeprägter und Prinzip für den Imperialismus insgesamt geworden ist — es reicht als Beleg die sofortige Kriminalisierung des stattfindenden Hungerstreiks als „terroristische Praxis" zur Unterstützung der RAF mit dem Ziel, diejenigen direkt zu unterdrücken, die den Hungerstreik machen, und jeden, der ihn aktiv unterstützt —, ist auf der anderen Seite heute die bewußte Unterstützung der Bewegung und die militante internationale Solidarität stärker geworden.

Dies bewirkt, daß sich nicht nur ein „frontales Gegeneinander" von Staat und Gefangenen realisiert, sondern daß es eine Machtkonfrontation zwischen revolutionärer Bewegung und Imperialismus gibt, die es möglich macht, diese spezifische Konfrontation zu gewinnen.

Die imperialistische Strategie der Vernichtung der revolutionären Identität der Gefangenen entwickelt sich weltweit in immer intergrierterer Form, im besonderen in Westeuropa, Mediterraneo und mittleren Osten. Sie ist Teil der counter-insurgency-Doktrin, die in dem „Krieg gegen den internationalen Terrorismus" das operative Modell

und das Bindemittel der repressiven Politik der europäischen Staaten mit Nato und USA an der Spitze ist.

Die vorgesehene Behandlung für die Gefangenen, die Isolation und die Desolidarisierung in ihren vielfältigen Formen sind integraler Bestandteil dieser konterrevolutionären Szenerie. Aber dies legt auch die Grundlage für ein gemeinsames Kampfterrain für alle Gefangenen.

In diesem Sinn gibt es eine Verbindung zwischen den Kämpfen der revolutionären Gefangenen in Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Spanien und Nordirland, wie zwischen den der gefangenen Basken, Korsen, Magrebiner ..., bis zu den kurdischen Gefangenen in Deutschland und der Türkei und den palästinensischen Gefangenen in den zionistischen Gefängnissen in Israel.

Auch die aktuellen Projekte einer politischen Lösung des bewaffneten Kampfes in verschiedenen europäischen Ländern (Italien, BRD, Spanien, Portugal ...) sind organischer Teil dieser Vernichtungsstrategie gegenüber der revolutionären Subjektivität. Oft gehen sie Hand in Hand mit Praktiken der physisch-psychischen Vernichtung.

So die Initiative zum „Dialog", gefördert von den Grünen in Deutschland für eine „Befriedung" und die Entlassung der Abschwörer und gleichzeitig Prügel für diejenigen, die im Knast kämpfen.

In Italien nach dem Prozeß „moro-etr", in dem das Projekt der politischen Lösung verbreitet wurde, wird nun versucht, mit dem neuen Prozeß „BR — bewaffneter Aufstand gegen den Staat" den „finalen Schlußakt für die finale Lösung" zu setzen, indem man es soweit treibt, der Revolution selbst den Prozeß zu machen, um sie als unmöglich zu deklarieren durch die Kooptation und das historische Fälschungswerk der Ex-Revolutionäre. Man versucht so, die Gefangenen gegen die Entwicklung des revolutionären Prozesses zu benutzen.

In Wirklichkeit ist die revolutionäre Konfrontation, die ihren Anfang in den 70er Jahren in Italien und in Westeuropa gehabt hat, noch immer offen und hat in diesen Jahren neue Entwicklungen gefunden. Es ist nicht möglich , von dem Ende einer 20-jährigen Erfahrung zu reden aus dem einfachen Grund, weil der revolutionäre Prozeß, wenn auch widersprüchlich, vorangeschritten ist, und die Guerilla hat sich in der Praxis behauptet als einzig möglich revolutionäre Strategie der sozialen Umwälzung und der proletarischen Emanzipation. Es ist die historische und politische Kontinuität des bewaffneten Kampfes in der europäischen Metropole, die jede politische Lösung in Italien wie in der BRD und in ganz Europa unmöglich macht. Gegen diese Kontinuität wird die ganze Kraft der Konterrevolution entfesselt.

In dieser besonderen Konjunktur, gekennzeichnet von der Wiederaufnahme der Klasseninitiative und der Konsolidierung der gemeinsamen antiimperialistischen Praxis in Richtung auf die Front, bekommt der Kampf der deutschen Gefangenen gegen die Isolation und für die Zusammenlegung eine politische Bedeutung, die über sein spezifisches-partielles Ziel hinausgeht. Er ist ein Moment einer allgemeineren Konfrontation, der aufgrund seiner Qualität und Länge und dessen Ausgang unmittelbar alle Revolutionäre in Westeuropa betreffen wird.

Deshalb versucht der Imperialismus, diesen Kampf schon in seinem Entstehen zu vernichten, und er richtet seine ganze Wut gegen ihn.

Die Entwicklung der internationalen militanten Solidarität zur Unterstützung dieses Kampfes trägt zur Konstruktion der notwendigen Bedingungen bei, um siegreich aus dieser Konfrontation hervorzugehen, und gleichzeitig ist sie ein Faktor der Stärke der gemeinsamen Prozesse im Kampf gegen den Imperialismus.

Einige Genossen des **„kommunistischen Gefangenen-Kollektivs Wotta Sitta"**: itorio Bolognese, Salvatore Colonna, Natalia Ligas, Giovanni Senzani; 8. März 1989

Weitere Meldungen

Zürich. In Solidarität mit dem Hungerstreik der Flüchtlingsfrauen und -männer, die im Bundeslager Klosters untergebracht werden, wurde das schweizerische Rot-Kreuz (SRK)-Büro am 9.3.89 besetzt. Die BesetzerInnen schickten von da aus „solidarische Grüße auch an die hungerstreikenden politischen Gefangenen in der BRD!"

Amsterdam. Am 26.3. war eine Veranstaltung zum Hungerstreik in Amsterdam. Am selben Tag wurde in Radio Hilversum ein einstündiges Interview mit dem Rechtsanwalt Pieter Bakker Shut, dem Arzt von Halderen und der Schwester von Christa Eckes gesendet.

Ebenfalls in Amsterdam haben ca. 50 Leute die Zufahrt zur BRD-Botschaft 30 Minuten lang blockiert (SZ v. 25.3.).

Nicaragua. Die Zeitung „El Nuevo Diario" brachte am 11.3.89 einen längeren Bericht über die Pressekonferenz der „Brigada Günther Sare" zum Hungerstreik.

An die GenossInnen politische Gefangene der BRD

Liebe Genossen und Genossinnen: Wir, von denen viele selbst die Erfahrung, politische Gefangene zu sein, gemacht haben und von denen einige Monate in Totalisolation in den Händen der Häscher der chilenischen Diktatur ertragen mußten, grüßen und unterstützen eure unzerbrechliche Kampfentscheidung für das unwiderrufliche Recht, das Unglück der Gefangenschaft zusammen zu durchleben, und für die Respektierung der minimalen Rechte, die jeder Mensch hat.

Nein zur Isolationsfolter im Gefängnis!! Das Gefängnis ist auch ein Schützengraben des Kampfes!! Nur der Kampf wird uns befreien!!

Eine brüderliche Umarmung vom Kollektiv **Radio Liberacion Chile** Voz de la resistencia popular, Campana de Apoyo — Europa; Unterschrift: i.A. Kol.RL, Rene Mansilla; 7. März 1989

Initiativen und Aktionen

Bremen. Am Montag, den 20.3., fand auf Initiative von Bremer SchauspielerInnen eine Veranstaltung: „Bremer Künstlerinnen und Künstler gegen Isolationshaft" statt. Wir vom Hungerstreikplenum waren mit auf die Bühne eingeladen, so daß einer den Brief von Karl-Heinz Dellwo (23.2.) verlesen konnte, mit dem Nachtrag, daß die in dem Brief erwähnten Bäume nach Erscheinen des Briefes abgeholzt worden sind. Ein anderer hielt einen Beitrag zum Hungerstreik. Die KünstlerInnen lasen aus vielen Dokumenten: z.B. 24-Punkte-Programm, 25-Punkte-Verordnung Christian Klar, Briefe von Ulrike, Astrid Proll, P.P. Zahl, Karl-Heinz Roth usw. Texte, die ehemalige Gefangene zu „ihren" Bildern der Ausstellung „Machen Sie sofort die Schranktür zu!" geschrieben haben. Das Bremer Fernsehen (buten und binnen) war da; am folgenden Tag gab es einen sehr guten Beitrag in dieser Sendung, mit Kurzinterview mit einer Angehörigen und mit Remmers. Auf der Veranstaltung wurden vorbereitete Postkarten an Engelhard sehr gut verkauft; die KünstlerInnen verteilten eine Resolution an Weizsäcker, und von uns gab es die Resolution, die als Anzeige im Bremer Weserkurier erscheinen soll.

Hannover. Das Hungerstreikplenum sowie weitere Gruppen planen, ab dem 29. März für die nächsten zwei Wochen täglich vor dem Justizministerium für eine Stunde eine „Mahnwache"/Protestaktion durchzuführen.

Gießen. Die Hungerstreikgruppe des autonomen Frauen- und Lesbenplenums teilt mit: Innerhalb der Stadt wurden Unterschriften für die Anzeige des Initiativkreises gesammelt, am 6. März gab es eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit fast 100 Frauen und Lesben ... Über Sprühen und Plakate war schon vorher Öffentlichkeitsarbeit gelaufen. Am 14. März gab es eine gemischte Veranstaltung mit 150 Frauen und Männern, und am 15. März wurde der Film: shut it down (Film mit Interviews mit politischen gefangenen Frauen in den USA) für Frauen und Lesben gezeigt.

Duisburg. Transparentaktion während einer Kinovorstellung. Gleichzeitig wurde die Hungerstreik-Erklärung vom 1.2. verlesen und verteilt. Es gab bisher drei kleinere Kundgebungen im Duisburger Norden und Stadtmitte, am 1.4. ist eine größere geplant.

Fröndenberg. Kundgebung vor dem Knastkrankenhaus Fröndenberg. Ca. 100 Leute konnten sich mit Christa und anderen Gefangenen durch Zurufen verständigen.

Wuppertal. Das Wohnhaus des NRW-Justizministers Krumsiek wurde lt. „Welt" v. 22.3.89 mit Farbbeuteln beworfen, mit Parolen „Zusammenlegung sofort" beschriftet, und es wurde ein Transparent „Isolationshaft ist Folter — Isolationshaft ist Mord" aufgehängt.

Köln. Mehrere Leute besetzten am 27.3. für ca. 1 1/2 Stunden den Kölner Dom. Sie forderten die Durchführung einer Pressekonferenz. Das Domkapitel holte sofort die Polizei, die den Dom räumte. Vor dem Dom wurden während der ganzen Zeit Flugblätter verteilt.

Frankfurt. Lt. diversen Zeitungsberichten am 25.3. gab es am Vorabend mit brennenden Autoreifen einen Brandanschlag auf den Rohbau eines Gerichtskomplexes, in dessen unmittelbarer Nähe ein Transparent mit der Forderung nach Zusammenlegung befestigt wurde. Als staatliche Reaktion darauf durchsuchten noch am gleichen Abend mehr als 50 Polizeibeamte ohne Durchsuchungsbeschluß — weil angeblich „Gefahr im Verzug" vorlag — das Streik-Info-Büro in Frankfurt. Die Personalien der 29 Anwesenden wurden überprüft, und sie müssen mit einem 129a-Verfahren rechnen. Zwei Menschen wurden mit ins Polizeipräsidium genommen, aber wieder rausgelassen.

Mannheim. Jeden Donnerstag am 20.00 Uhr Infoabend zum Hunger-

Staatliche Institutionen/Presse

Baden-württembergisches Justizministerium zu Kleinen Anfragen

Auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten R. Glaser, GRÜNE, zu „Unterbringung der nach § 129StGB in Baden-Württemberg Verurteilten“ (Drucksache 10/1130), „Haftbedingungen der nach § 129a StGB angeklagten bzw. verurteilten Gefangenen in den Vollzugsanstalten des Landes Baden-Württemberg“ (Drucksache 10/1169), „Medizinische Versorgung und Gesundheitszustand von Günter Sonnenberg in der Vollzugsanstalt Bruchsal“ (Drucksache 10/1171) antwortet das Justizministerium am 3.3.:

„*I. Zu den Anfragen insgesamt:* ...

3. Die Haftbedingungen stehen im Einklang mit den geltenden Gesetzen. Sie sind selbstverständlich von der besonders hohen Gefährlichkeit der Gefangenen beeinflußt. Das Bestreben geht aber dahin, die Gefangenen so zu behandeln wie andere Gefangene von ähnlichem deliktischen Zuschnitt auch. Wenn sich dabei im Laufe der Zeit bei den Gefangenen ein Bemühen zeigt, an ihrer Wiedereingliederung mitzuwirken, oder wenn auf andere Weise eine geringer werdende Gefährlichkeit mit hinreichender Gewißheit festgestellt werden kann, besteht die Möglichkeit einer allmählichen Lockerung der Haftbedingungen. Die Gefangenen Christian Klar und Günter Sonnenberg haben es allerdings von Anfang an an jedem Zeichen eines guten Willens fehlen lassen.

4. Die Zusammenfassung mehrerer inhaftierter RAF-Terroristen zu Gruppen — ob größeren oder kleineren — wird unter anderem aus folgenden Gründen abgelehnt:

— Es entspricht einer bewährten Grundregel des Strafvollzuges, daß Mitglieder derselben verbrecherischen Bande in der Haft auseinandergehalten werden, weil eine gemeinsame Unterbringung — etwa in der gleichen Zelle oder Wohngruppe — viel zu gefährlich wäre. Es ist nicht einsichtig, weshalb ausgerechnet bei den RAF-Terroristen hier eine Ausnahme gemacht werden sollte.

— Kein einziger der in Baden-Württemberg einsitzenden 7500 Gefangenen hat einen Anspruch darauf, sich seine Zellengenossen selbst auszusuchen. Es wäre ein grober Verstoß gegen den Gleichheitssatz, gerade die RAF-Terroristen insoweit zu privilegieren.

— Soweit bereits Erfahrungen mit Gruppenbildungen bei inhaftierten Terroristen vorliegen, sind sie denkbar schlecht:

* Der Gruppenzwang gegenüber RAF-Mitgliedern, bei denen sonst vielleicht eine Chance bestünde, für sich selbst zu einem Neuanfang zu kommen, ist außerordentlich stark. Die jeweiligen Rädelsführer und die ihnen besonders hörigen Terroristen lassen keine Gelegenheit aus, um ein etwaiges Nachlassen der Kampfbereitschaft einzelner RAF-Mitglieder oder gar ein Absetzen von der terroristischen Vereinigung mit allen Mitteln zu verhindern.

* In Baden-Württemberg hatte die Bildung einer größeren Gruppe von Terroristen (insgesamt acht) in der Vollzugsanstalt Stammheim im Jahre 1977 sehr bald massive Forderungen und sogar gemeinschaftliche körperliche Angriffe auf Vollzugsbeamte zur Folge. Die Gruppe mußte alsbald wieder auseinandergelegt werden.

5. Die Landesregierung stellt unmißverständlich klar, daß sie sich durch den gegenwärtigen Hungerstreik der Terroristen nicht erpressen lassen wird.

...

III. Zu Drucksache 10/1169 (Haftbedingungen)

Zu 1.: ... Die Gefangenen haben Hofgang mit anderen Gefangenen zusammen, nicht aber mit Terroristen. Eine Ausnahme bilden die Gefangenen Sonnenberg und Grosser, die in der Vollzugsanstalt Bruchsal gemeinsam am Hofgang — zusammen mit nicht-terroristischen Gefangenen — teilnehmen.

Alle Gefangenen nehmen am Hofgang teil. Umschluß gibt es nicht.

Die angebotenen Gemeinschaftsveranstaltungen mit nicht-terroristischen Gefangenen (einschl. Fernsehen) werden von allen Terroristen strikt abgelehnt.

Die Gefangenen haben regelmäßigen Kontakt mit ihren Verteidigern, auch soweit sie bereits rechtskräftig verurteilt sind ... Außerdem bekommen sie regelmäßig Besuch von Angehörigen und sonstigen Personen. Ihr Briefverkehr ist außerordentlich rege ... Sie haben mehrere Tageszeitungen (drei bis vier) und Wochenzeitungen (ebenfalls drei bis vier) und können mit eigenen Radiogeräten am Hörfunkprogramm teilnehmen. Soweit sie nicht Besuch haben oder am Hofgang teilnehmen, befinden sie sich — nachdem eine Teilnahme an den Freizeitveranstaltungen abgelehnt wird — in der Zelle ...

Zu 3. und 4.: (betrifft Trennscheibe, Nackt-Ausziehen und Durchsuchung vor und nach Besuchen bzw. Hofgang — Red.) Die Behauptungen sind teilweise sachlich falsch und insgesamt verzerrt und polemisch. Dessen ungeachtet können Angaben über die Einzelheiten und Gründe der Sicherheitskonzeption nicht gemacht werden.

IV. Zu Drucksache 10/1171 (Medizinische Versorgung des Gefangenen Sonnenberg):

... Sonnenberg steht unter regelmäßiger ärztlicher Überwachung, auch durch externe Fachärzte, mit deren Untersuchung er einverstanden ist. Er wurde zuletzt vor wenigen Wochen unter anderem durch zwei externe Ärzte untersucht.

Weder früher noch jetzt hat einer der Ärzte, die Sonnenberg behandelt oder untersucht haben, der Vollzugsanstalt Bruchsal oder dem Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten gegenüber Zweifel an der Haftfähigkeit geäußert. Solche sind für die verantwortlichen Beamten der Vollzugsanstalt Bruchsal auch sonst nicht ersichtlich.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Entscheidung über die Fortdauer der Strafhaft unter dem Aspekt der Haftfähigkeit nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung ausschließlich der Zuständigkeit der Strafvollstreckungsbehörde obliegt. Das ist in diesem Falle die Bundesanwaltschaft.

Bei dieser Sach- und Rechtslage erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf die Fragen im einzelnen.

(gez. Dr. Volz)

Remmers: Vereinzelung im Normalvollzug

In einem Interview mit Südfunk 1 vom 16.3. betonte der niedersächsische Justizminister Remmers, daß es aus seiner Sicht für die Gefangenen aus RAF und Widerstand nur eine Lösung, nämlich den Normalvollzug, geben könne. Im Normalvollzug die Gefangenen zu **vereinzeln**, so Remmers ganz deutlich, sei die einzige Möglichkeit, die Gefangenen wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Das habe u.a. das Beispiel Angelika Speitel gezeigt.

Remmers ist direkt zuständig für Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer, die in Celle als Kleinstgruppe einsitzen.

streik in der Kneipe Pumuckl, Hafenstr. 60, Tel. 0621/105501

München. Am 25.3.89 hatte das Hungerstreik-Info-Büro einen Info-Stand zum Hungerstreik und für die Zusammenlegung beim Ostermarsch. Es bestand ein reges Interesse. Massenhaft wurden Infomaterial verteilt und Unterschriften gesammelt. Außerdem hing vor dem Rathaus ein großes Transparent zur Zusammenlegung.

Westberlin. Am 8. März, dem internationalen Frauenkampftag, waren ca. 2000 Frauen und Lesben auf der Straße. Schwerpunkt u.a. der Hungerstreik der kämpfenden gefangenen Frauen und Männer für Zusammenlegung in ein oder zwei Gruppen. — Am 12.3. haben ca. 25 Frauen eine Spontankundgebung an der Plötze gemacht, Parolen zum Hungerstreik und kämpferische Grüße gerufen, Knaller über die Knastmauer geworfen und die Knastmauer, die von der Autobahn aus zu sehen ist, vollgesprüht.

Christen und Christinnen aus HH solidarisch

Die Feststellung Jesu:

‚Ich war krank und im Gefängnis und ihr habt mich nicht besucht‘

läßt uns zum Hungerstreik der politischen Gefangenen nicht mehr schweigen.

Für uns Christinnen und Christen in Hamburg heißt das: daß der Staat kein Recht besitzt, die physische und psychische Identität der Gefangenen zu zerbrechen. Deshalb unterstützen wir ihre Forderungen:

— Zusammenlegung in großen Gruppen

— Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen und freie Arztwahl

— Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen

Gruppen und freie politische Information
Außerdem protestieren wir gegen den Versuch, mit Hilfe des § 129a Menschen zu kriminalisieren, die sich für die Forderungen der Gefangenen einsetzen.
Christian Arndt, Pastor; Peter Borkamp, Auszubildender; Dieter Döring, Pastor; Christa Fenge-Huber, Spielpädagogin; Ekke Fetköter, Kaufmann; Hanna Fetköter, Hausfrau; Helmut Frenz, Pastor; Dominik Germeshausen, Ordenspriester; Wolfgang Grell, Pastor; Ulli Hentschel, Pastor; Ulfried Kleinert, Pastor; Stephan Kötting, Ordenspriester; Gesa Kratzmann, Pastorin; Jörg Marquardt, Pastor; Heribert Milde, Auszubildender; PAX CHRISTI, Hamburg; Margit Schredinger-Müller, Verwaltungsangestellte; Andreas Schultheiß, Pastor; Rudolf Sommer, Buchhändler; Jürgen Strunk, Pastor; Sönke Wandschneider, Pastor; Gisela Wiese, Präsidiumsmitglied von PAX CHRISTI.
Weitere Unterschriften an: Rudolf Sommer, Ottersbekallee 6, 2000 Hamburg 20

*

Diese Anzeige wurde der Anzeigenabteilung der „Morgenpost" und der „TAZ" persönlich in Auftrag gegeben. Nachdem zunächst die Anzeigenabteilung der Mopo diese Anzeige akzeptiert hatte, erhielt ich dann ca. 1 Stunde später die telefonische Auskunft, daß sie von der Mopo-Geschäftsleitung (Herr Nienhaus) gestoppt wurde — und zwar sowohl aus „grundsätzlichen Erwägungen" als auch speziell wegen des Inhalts der Überschrift und wegen des letzten Abschnitts (§ 129a) . . . gez. Rudolf Sommer.

Hungerstreik-Infobüros, Stand 28.3.1989

Hamburg. HS-Info-Büro, Bartelsstr. 30, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/439516, 13-21.00 Uhr
Hamburg-Harburg. c/o GAL, Infokollektiv HS, Schloßmühlendamm 14, 2100 Hamburg 90, Di-Do 15-18.00, 040/7651760
Kaiserslautern. Infoladen, Adolph-Kolping-Platz 1, 6750 Kaiserslautern, Tel. 0631/66636, Mo-Fr 10-21 Uhr, Sa 11-15 Uhr
Kiel. Infobüro, c/o Geschäftsstelle der Grünen, Königsweg 68, 2300 Kiel 1, Tel. 0431/671464, telefax 83681, Mo-Do 16-18.00
Hannover. (vorläufige Adresse:) AG gegen Isolation, c/o AStA, Welfengarten 2, 3000 Hannover 1, in der Alten Mensa, SoWi-Bibliothek, 0511/762/5061, 16-20.00h
Diepholz. Bahnhofstr. 16, 2847 Barnstorf, Di., 20-21.00, Tel. 05442/3890
Braunschweig. Infobüro, AG gegen Isolation, c/o AStA TU, Katharinenstr. 1, 3300 Braunschweig, Tel. 0531/3914556, Mo-Do 13-15.00, Fr 17-19.00
Osnabrück. HS-Info-Büro, Alte Münze 12, 4500 Osnabrück, Mo, Di, Do, Fr, 15-18.00
Bielefeld. Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 4800 Bielefeld, Tel. 0521/171253, Mo-Mi+Fr 16-20, Do 16-18h.
Düsseldorf. Info-Laden, Kiefernstr. 15, 4000 Düsseldorf
Köln. Info-Büro, c/o Die Grünen, Bürgerstr. 2, 5000 Köln 1, Tel. 0221/222913, Mo-Fr, 15-19.00, Mi 10-13.00
Gießen. Info-Büro, c/o Die Grünen, Westanlage 49, 6300 Gießen, Tel: 0641/78257
Frankfurt. Info-Büro, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/736797
Stuttgart. HS Plenum, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1, telefonisch täglich 17-20.00, Tel: 0711/612857
Marburg. Initiative für die ZL der pol. Gef., c/o DKP, Am Grün 9, 3550 Marburg, Tel. 06421/22341, Di, Fr, 17-20.00
Göttingen. Grünes Zentrum, Geiststr. 1, 3400 Göttingen, 0551/55594
Münster. Hungerstreikbüro, c/o GAL-Büro, Bremer Str. 43-56, 4400 Münster, tägl. 17.30-20.30, Tel. 0251/662066
Karlsruhe. Hungerstreik Info-Büro, c/o Grüne Liste Karlsruhe, Kriegstr. 244, 7500 Karlsruhe
Freiburg. Hungerstreik Infobüro, c/o GNN-Verlag, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg, Tel. 0761/35978, 16-18.00
Bremen. Info Büro, St. Pauli-Str. 10, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/78966
Tübingen. Infobüro, c/o Die Grünen, Neckarhalde 6, 7400 Tübingen, Tel. 07071/51496, Mo-Fr 15-19.00, Sa-So 13-15.00
Westberlin. Infobüro zum HS, c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 1000 Berlin 36
Saarbrücken. Hungerstreik-Büro, c/o Anti WAA-Büro, Alte Feuerwache, Landwehrplatz, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/35958, tägl. 14-20.00h
Nürnberg. Infobüro, c/o Netzwerk, Moltkestr. 13, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/267171, 16-20.00
München. Infobüro, c/o Grüne Stadtratsfraktion, Marienplatz 8, 8000 München 2, 089/2335869, FAX-Nr. 089/2021814, und: Infoladen, Breisacherstr. 12, 8000 München 40, Tel. 089/4489638, Mo-Fr 18.00-20.00

Ankündigungen

Demonstrationen, Kundgebungen

30.03. Hannover. Kundgebung mit Bildern, Liedern und Texten gegen die Isolationshaft, 16.30, H-Block-Denkmal
01.04. Freiburg. Kundgebung, 11.00, Rathausplatz
01.04.Frankfurt. Demonstration, 11.00, Eckenheimer Landstr., Ecke Marbachweg
01.04. Bielefeld. Demonstration, 11.00, Am Leineweberbrunnen
01.04. Westberlin. Kundgebung, Breidscheidplatz
02.04. Bruchsal. Knastkundgebung.
02.04. Aichach. Knastkundgebung, 13.00 vor dem Haupteingang.
07.04. Westberlin. Frauenkundgebung an der Plötze.
08.04. Westberlin. Großdemonstration.
08.04. Freiburg. Demonstration, 16.30, KaJo

Veranstaltungen

Frankfurt. 30.03., Uni, 20.00h, H VI
Köln. 30.03.
Duisburg. 31.03. Konsum Neumühle, Hannibalstr. 10, Ab 17.00 Uhr Infos, Videos, ab 20.00 Veranstaltung
Dortmund. 31.03., 19.30, Fachhochschule Sonnenstr.
Schweinfurt. 01.04. Zu der Veranstaltung rufen mit einer gemeinsamen Erklärung auf: Arbeitskreis Kommunalpolitik, Bunte Hilfe Nordbayern, DFG/VK, DGB-Kreisjugendausschuß, DKP, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband, Die Grünen, Jugendclub Courage, Jungdemokraten Bayern, Kulturhaus „Die Schreinerei", Kulturwerkstatt „Disharmonie", Volksfront, VSP.
Bremen. 03.04., 19.30, Konsul-Hackfeld-Haus
Osnabrück. 03.04., 19.00, Lagerhalle, Am Hegertor
Hildesheim. 03.04. , 19.30 im Be bop, Steuerwalder Str. 60
Tübingen. 03.04., 20h, Schlatterhaus, Österbergstr. 4
Hamburg-Harburg. 05.04., 19.30 Rieckhof
Essen. 06.04., 19.30h, Zeche Carl, Hömannstr. 10
Westberlin. 06.04.
Ulm. 07.04., 20.00, Einstein-Haus
Hamburg. 08.04., Solidarische Kirche — Vollversammlung 10.00, Osterkirche, Bramfelder Ch. 200: Hungerstreik und wir
Hagen. 10.04.
Hamburg. 13.04., 19.30, Kampnagel, Lesungen zum Thema Hungerstreik, mit Lena Stolze, Hans Krämer u.a.
Kopenhagen. Mitte April ist eine Veranstaltung geplant.

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint wöchentlich im GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Adelheid Hinrichsen. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658. Ein Halbjahresabonnement kostet 20,- DM. Eventuelle Überschüsse werden auf das Spendenkonto der Angehörigen überwiesen. Lieferung nur gegen sofortige Bezahlung oder Einzugsermächtigung möglich. Überweisung bitte auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507